Evangelische Volkspartei
der Stadt Zürich (EVP)

Parteiprogramm der EVP Stadt Zürich für die Legislatur 2022-2026

Christliche Werte - menschliche Politik. Klar fair wahr.

Inhalt

1 Familie, Jugend, Bildung
2 Alter
3 Wohnen
4 Stadtentwicklung, Bauen, Erholung, Naturschutz
5 Verkehr
6 Umweltschutz, Energie, Versorgung, Entsorgung
7 Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit
8 Integration und multikulturelle Gesellschaft
9 Sozialpolitik
10 Gesundheitspolitik
11 Finanzen und Wirtschaft
12 Kultur und Soziokultur

Das Parteiprogramm 2022-2026 enthält die Schwerpunkte und Zielsetzungen der EVP-Politik für unsere Stadt. Es wurde vom Vorstand der EVP der Stadt Zürich am 31. Mai 2021 in Kraft gesetzt.

Werteorientierte Politik für die Stadt Zürich

Auf der Grundlage des Evangeliums von Jesus Christus verbindet die EVP in ihrer Politik die Freiheit mit Verantwortung gegenüber Gott und den Mitmenschen. Die EVP macht sich für christliche Werte in unserer Gesellschaft stark, für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Die EVP setzt sich besonders für Menschen ein, die benachteiligt sind und Hilfe benötigen.

Die hohe Lebensqualität unserer Stadt kann nur erhalten und verbessert werden, wenn alle Einwohnerinnen und Einwohner ihren Beitrag leisten. Für die EVP steht die ethische Verantwortung aller Menschen im Zentrum. Diese Verantwortung kann nicht an das Gemeinwesen delegiert werden.

Das Parteiprogramm zeigt auf, wie die EVP diese Grundsätze in der Legislaturperiode 2022-2026 politisch umsetzen will.

1 Familie, Jugend, Bildung

Für die EVP steht die Familie als Baustein unserer Gesellschaft im Zentrum. Die Familie muss als Ort der Geborgenheit und der Erziehung der Kinder gestärkt werden. Die Politik wird konsequent auf die Stärkung der Familie ausgerichtet. Die familienergänzende Kinderbetreuung und die Schule unterstützen die Familie in ihrer wichtigen Aufgabe.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Städtische Angebote werden für Familien konsequent verbilligt.
- Die Familien werden so unterstützt, dass die Eltern die Erziehungsaufgaben soweit als möglich selbst wahrnehmen können.
- Die familienergänzende Kinderbetreuung bietet genügend Betreuungsplätze an, fördert die Kinder optimal und sorgt für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Wahlfreiheit der Eltern, ihre Kinder selbst zu betreuen, darf nicht eingeschränkt sein. Die Regulierungsdichte wird vermindert und am Kindeswohl orientiert. Private Kindertagesstätten erhalten kostenpflichtigen Zugang zum städtischen Vikarenpool.
- Familien sollen es sich auch über mehrere Generationen leisten können, in der Stadt Zürich wohnen zu bleiben. Generationsübergreifendes Wohnen wird gefördert.
- Die Tagesstrukturen der Schule entlasten die Familie, aber ersetzen sie nicht. Es ist weiterhin möglich, die Kinder auch während der Schulzeit familiär zu betreuen.
- Der Instrumentalunterricht an der Jugendmusikschule wird so verbilligt, dass jedes Kind unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern ein Musikinstrument erlernen kann.
- Die Lehrkräfte müssen dringend von Administrativarbeiten und vom enormen Stress durch das integrierte Schulmodell entlastet werden. Es braucht kleinere Klassen und mehr Halbklassenstunden. Kinder, die durch ihr Verhalten die Lehrperson zu stark belasten oder den Lernerfolg der Klasse gefährden, sind in Kleinklassen zu unterrichten.
- Die betriebliche Berufsbildung wird im Rahmen des dualen Bildungssystems gestärkt durch Erleichterungen für die Lehrbetriebe und Zugang zu Weiterbildungsangeboten. Alle Unternehmen werden zur Schaffung von Lehrstellen motiviert.
- Die sportliche Betätigung der Kinder und Jugendlichen, aber auch der ganzen Bevölkerung, wird durch ein breites Angebot von öffentlichen Anlagen und Plätzen gefördert.
- Die Stundenpläne der Schule werden so gestaltet, dass alle Kinder, die das wünschen, am kirchlichen Unterricht teilnehmen können. Das Fach „Religionen, Kulturen und Ethik“ unterrichtet insbesondere auch die für unsere Gesellschaft prägenden biblischen Geschichten.

2 Alter

Der zunehmende Anteil älterer Menschen in unserer Bevölkerung stellt ein grosses Potenzial an Fähigkeiten, Wissen und Einsatzkraft zum Wohl unserer Gesellschaft dar. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen. Die «Altersstrategie 2035» des Stadtrats mit ihrem integrierten Angebot an Wohnmöglichkeiten und Betreuungsleistungen sowohl zu Hause als auch stationär soll rasch und umfassend verwirklicht werden.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Den älteren Menschen wird vermehrt ermöglicht, einen sinnvollen Beitrag zur Gestaltung unserer Gesellschaft leisten zu können durch Einbringen ihres Wissens, ihrer Erfahrung und Zeit, z.B. in der Schule, in der Betreuung, in der Arbeit mit Migranten oder in sozialen Einrichtungen.
- Das Angebot an Spitex-Leistungen erlaubt es betreuungsbedürftigen Menschen, möglichst lange selbständig in ihrer angestammten Wohnung zu bleiben.
- Alle Anbieter von Wohnmöglichkeiten im Alter und von Pflege- und Betreuungsdienstleistungen arbeiten mit einem integrierten Konzept zusammen, damit ältere Menschen solange als möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben und anschliessend eine geeignete Möglichkeit für betreutes Wohnen oder Pflege möglichst in ihrem Quartier finden können.
- Die Stadt sorgt für niederschwellige Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote in den Quartieren für alle Belange des Wohnens, der Betreuung und der Pflege im Alter. Sie erstellt auch ein einfach zugängliches Online-Angebot mit allen nötigen Informationen und Kontaktmöglichkeiten.
- Kostengünstige private Alterswohn- und –pflegezentren werden unterstützt.

  Der Zugang zu Palliative Care wird in allen Pflege- und Betreuungssituationen - ob zu Hause oder in Alterszentren, Pflegezentren oder Spitälern – gewährleistet (vgl. auch Kapitel Gesundheitspolitik).

3 Wohnen

Die EVP bekennt sich zu einem funktionierenden Wohnungsmarkt und unterstützt ergänzend dazu einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau nach den Prinzipien der Kostenmiete und des sozialen Wohnungsbaus. Das Ziel ist eine gut durchmischte Wohnbevölkerung, insbesondere auch mit einem angemessenen Anteil von Familienhaushalten mit minderjährigen Kindern. Die Unterstützung soll insbesondere Personen zugutekommen, die Kinder, ältere Menschen oder andere Angehörige betreuen.

Wichtig sind aber auch gute Bedingungen für den privaten Wohnungsbau mit günstigen Angeboten. Es ist darauf hinzuwirken, dass zwischen dem Angebot an Mieten im gemeinnützigen und im privaten Wohnungsbau nicht zu krasse Rechtsungleichheiten entstehen.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Der gemeinnützige und soziale kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbau ist weiter zu fördern.
- Die Bedingungen für den privaten Wohnungsbau sind so zu verbessern, dass auch in diesem Bereich ein breites Angebot an bezahlbaren Wohnungen bereitgestellt und spekulative Preistreiberei bekämpft wird.
- Die EVP fordert Massnahmen, um das Finden kleinerer Wohnungen im bestehenden Wohnquartier zu fördern. So soll ein Anreiz geschaffen werden, nach einer Lebensphase mit Bedarf für mehr Wohnraum (z.B. Familienzeit) in eine kleinere Wohnung umzuziehen.

4 Stadtentwicklung: Bauen, Erholung, Naturschutz

Eine Vielzahl von Grünflächen im Baugebiet, grosse Freihaltezonen und der Wald prägen das Bild von Zürich als einer grünen Stadt. Die EVP befürwortet die einwohnerverträgliche Verdichtung der Stadt, verlangt aber, dass genügend Grünflächen in allen Quartieren erhalten und naturschutzgemäss aufgewertet werden. Es sollen vermehrt „grüne Adern" als grossräumige Spazier- und Erholungsbereiche geschaffen werden.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Die Stadtentwicklung wird auf das bereits überbaute Gebiet konzentriert. Die Grünflächen werden innerhalb und ausserhalb des Baugebiets geschützt und aufgewertet. Zur Verbesserung des Stadtklimas sind wo immer möglich versiegelte Flächen in wertvolle Grünflächen umzuwandeln.
- Die Verdichtung der Stadt ist auf die Gebiete in der Nähe der grossen Zentren des öffentlichen Verkehrs zu beschränken (wie Hauptbahnhof, Bahnhöfe Oerlikon, Stadelhofen, Altstetten, Hardbrücke, Enge). Hochhäuser sind auf diese Gebiete zu beschränken und dort zu ermöglichen, wo dies ökologisch und städtebaulich zweckmässig ist.
- Die öffentlichen und auf freiwilliger Basis auch die privaten Grünflächen werden durch grossräumige Verbindungen aufgewertet. Mit der Schaffung möglichst verkehrsarmer grüner Adern durch die ganze Stadt wird Zürich zur schönsten Wohnstadt Europas.
- Der Natur- und Artenschutz wird durch die naturnahe Gestaltung der öffentlichen Räume und Parkanlagen und durch Beratung der privaten Grundeigentümer gefördert.
- Das Kasernenareal wird bis spätestens 2025 als öffentlicher Stadtpark gestaltet.
- Es wird geprüft, mit welchen Massnahmen in der ganzen Stadt ein attraktives Ladenangebot erhalten werden kann.
- Die soziale Durchmischung der Wohnquartiere wird gefördert.

5 Verkehr

Die EVP will eine wohnliche Stadt. Auch wenn der motorisierte Individualverkehr einem breiten Bedürfnis der Bevölkerung entspricht und seinen Platz haben muss, ist der Wunsch nach einer ruhigen und lebenswerten Stadt klar höher zu gewichten. Die EVP will den Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erhöhen und das Velowegnetz weiter ausbauen. Die gesamte Umweltbelastung durch den Verkehr muss gesenkt werden.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Die internationalen Bahnverbindungen, inkl. Nachtzüge, werden rasch ausgebaut, damit die Bahn zu den europäischen Zentren im Umkreis von 1000 km attraktiver ist als das Flugzeug.
- Das Netz des öffentlichen Verkehrs wird verdichtet. Jeder Ort im besiedelten Gebiet ist nicht weiter als 400 Meter von einer tagsüber im 7.5-Minuten-Takt und bis 24 Uhr im 10-Minuten-Takt bedienten Haltestelle entfernt. Das Tramnetz wird ausgebaut, mit erster Priorität für das Tram Affoltern. Der Tramanschluss von Witikon wird geprüft. Der Bahnhof Hardbrücke wird durch kürzere Umsteigewege und durch bauliche Massnahmen aufgewertet. Das Zentrum von Altstetten wird auch nach dem Bau der Limmattalbahn gut erschlossen. Ein Tram anstelle von Bus 31 wird erneut geprüft. Auch Tangentialverbindungen mit Trams sind zu prüfen.
- Das Billet-Angebot ist für jedermann leicht verständlich. Billletkontrollen werden mit vernünftiger Kulanz durchgeführt.
- Die Quartierzentren werden mit Verkehrsberuhigung und Fussgängerzonen aufgewertet. Alle wichtigen Fussgängerverbindungen (z.B. zu Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, zu Schulhäusern, zu Läden usw.) werden ebenerdig, sicher und attraktiv gestaltet. Die Kompetenz für die Schaffung von Tempo-30-Zonen bleibt für alle Strassen bei der Stadt und geht nicht auf den Kanton über.
- Überkommunale Strassen werden möglichst ohne Kapazitätsverminderungen stadtverträglich gestaltet. Der Durchgangsverkehr ist noch konsequenter auf die erweiterte Kapazität der Nordumfahrung zu lenken. Quartierstrassen sind möglichst quartierverträglich und grün zu gestalten. Der Verkehrsfluss ist mit intelligenten Verkehrssteuerungsmassnahmen sicherzustellen. Soweit die Verkehrsberuhigung Strassen mit öV-Verbindungen betrifft, ist die Geschwindigkeit zwischen 30 und 50 km/h so anzusetzen, dass die Fahrpläne eingehalten werden können.
- Das Velowegnetz wird laufend verbessert und ausgebaut. Auch Velofahrer halten die Verkehrsregeln ein und respektieren Fussgänger jeglichen Alters.
- Strassen werden nur dort erweitert oder neu gebaut, wo dies dem öffentlichen Verkehr oder der Entlastung von Wohngebieten und Fussgängerbereichen dient, ohne Kapazitätserweiterung für den motorisierten Individualverkehr.
- Trotz Massnahmen für Stadtklima und Langsamverkehr müssen in der ganzen Stadt genügend Parkplätze für Motorfahrzeuge erhalten bleiben. Es ist zu prüfen, wie bestehende Parkplätze auf privatem Grund durch Vereinbarungen mit den Eigentümer als Ersatz für Parkplätze genutzt werden können, die durch den Ausbau des Langsamverkehrs und für Grünflächen wegfallen. Für Gewerbe, Handwerker, Transporte von mobilitätseingeschränkten Personen, Taxis, Besucher und Bewohner mit Pikettfahrzeugen werden Zufahrten und Parkierungs- bzw. Anhaltemöglichkeiten verbessert.
- Der Flughafen Zürich wird konsequent auf Distanzen ausserhalb der Bahnschnellverbindungen

ausgerichtet. Es gilt eine Obergrenze von 300'000 Bewegungen pro Jahr und eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr. Die Lärmbelastung wird auf die Gebiete verlagert, wo am wenigsten Personen betroffen sind. Südabflüge geradeaus werden bekämpft.

- Die Stadt nimmt ihren Einfluss für die Beibehaltung des Kabotageverbots wahr, damit die Bahn nicht durch Busfahrten mit Billiglöhnen und Sicherheitsrisiken konkurrenziert wird.
- Es werden genügend öffentliche Parkplätze mit Möglichkeiten zum Tanken/Aufladen von Alternativenergien erstellt.
- Von Stettbach zum Zoo wird eine Seilbahn gebaut, mit einem Schutzkonzept gegen mehr MIV in Schwamendingen.
- Die Stadt baut die Haltestelle Bahnhof Oerlikon Ost mit den bereits bewilligten Krediten fertig. Sie setzt sich bei den SBB für Rolltreppen im Bahnhof Oerlikon und im Bahnhof Altstetten ein.

6 Umweltschutz, Energie, Versorgung und Entsorgung

Der Umweltschutz ist ein zentrales Anliegen der EVP. Unsere Kinder sollen eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt vorfinden. Die Energiepolitik muss mit noch grösserer Dringlichkeit auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Deshalb stellt sich die EVP hinter die Anliegen des Klimaschutzes und der «Netto-Null-Ziele» bezüglich CO2-Ausstoss.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Die Stadt setzt konsequent auf erneuerbare Energien. Die städtischen Energiebetriebe (ewz, Energie 360, Fernwärme) konzentrieren Einkauf und Produktion von Energie soweit immer möglich auf CO2-freie Angebote, wobei sie die Versorgungssicherheit gewährleisten.
- Die Stadt baut die Speichermöglichkeiten für erneuerbare Energien aus.
- Die stadteigenen Gebäude werden energetisch rasch saniert. Bei Neubauten werden die besten energetischen Standards eingehalten und erneuerbare Energien verwendet. Dies wird soweit möglich auch bei privaten und genossenschaftlichen Bauten umgesetzt.
- Der Verbrauch von Rohstoffen und von Energie und die Produktion von Abfall werden weiter vermindert, Wertstoffe wiederverwendet. Der Energiehaushalt wird optimiert, z.B. durch Nutzung der Abwärme, Wärmepumpen usw. Die Beschaffungspolitik der Stadt wird konsequent auf Produkte ausgerichtet, die den besten ökologischen Standards entsprechen. Verbundlösungen werden gefördert.
- Das Konzept der Abfalltrennung durch die Bevölkerung wird weitergeführt. Plastik wird soweit sinnvoll rezykliert.
- Die langfristige Versorgungs- und Entsorgungssicherheit wird durch laufende Investitionen in die grossen städtischen Werke sichergestellt: Elektrizitätswerk (ewz), Wasserversorgung, Stadtentwässerung, Entsorgung und Recycling (ERZ).

7 Sicherheit und Ordnung

Für das Wohlbefinden in der Stadt ist das Gefühl von Sicherheit von zentraler Bedeutung. Durch einen bürgernahen Einsatz der Polizei ist das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Videoüberwachungen im öffentlichen Raum sollen wegen des Persönlichkeitsschutzes zurückhaltend eingesetzt werden. Die Sauberkeit der Stadt muss beibehalten werden. Jugendliche sind besser vor Delikten im Internet zu schützen.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- In gemischten Zonen wird von allen Verkehrsteilnehmern ein rücksichtsvolles Miteinander erwartet. Dazu zählen Fussgänger ebenso wie Velofahrer und Nutzer von E-Trottinets. Dazu sind klare Signalisierungen anzubringen, Sensibilisierungsmassnahmen zu treffen und bei Bedarf Bussen auszusprechen. E-Trottinets und andere Mietfahrzeuge sind ordentlich zu stationieren.
- Die Polizeiarbeit erhält genügend Mittel, ist bürgernah, mit sichtbarer Polizeipräsenz in den Quartieren.
- Mit Präventionsarbeit werden Jugendliche mit Problemverhalten gezielt erfasst. Polizei, Jugendanwaltschaft und Schulen arbeiten zusammen.
- Der öffentliche Raum wird konsequent gereinigt und Graffitis beseitigt.
- In der städtischen Polizeiverordnung werden Bussen für Littering verankert.
- Gegen Ruhestörer und gegen Betriebe, von denen Lärm- und andere Belästigungen ausgehen oder die als indirekte Störer für Belästigungen verantwortlich sind, wird konsequent eingeschritten.
- Die Prostitutionspolitik wird auf die Bekämpfung der Ausbeutung von Frauen und des Menschenhandels ausgerichtet. Die Stadt unterstützt Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution.
- Die zunehmenden antisemitischen Vorfälle werden konsequent bekämpft. Jüdischen und israelischen Einrichtungen wird der nötige Schutz gewährt. Auch alle weiteren Gefährdungen der Religionsfreiheit werden konsequent bekämpft.
- Die freie Meinungsäusserung muss durch eine entsprechende Bewilligungspraxis gewährleistet sein. Die Polizei hat friedliche Demonstrationen vor Gewalt durch Chaoten zu schützen.

8 Integration und multikulturelle Gesellschaft

Die EVP anerkennt, dass unsere Stadt multikulturell ist und will vor diesem Hintergrund das friedliche Zusammenleben fördern. Religionsfreiheit ist ein Grundrecht. Rassismus und Fremdenhass werden nicht toleriert. Wir erwarten von allen Einwohnerinnen und Einwohnern, dass sie das im Rahmen der christlich-abendländischen Kultur entstandene Verständnis von Menschenrechten, Demokratie und freiheitlichem Rechtsstaat akzeptieren und respektieren.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- An den Klassen der Oberstufe wird Ethikunterricht erteilt. In der Schule werden die Grundregeln des verantwortlichen Handelns in einer freien Gesellschaft eingeübt.
- Die ständige Verbesserung der Deutschkenntnisse wird gefördert. Gute Sprachkenntnisse sind Voraussetzung für die Einbürgerung sowie privates und berufliches Weiterkommen.
- Mit den Ausländervereinen wird vermehrt zusammengearbeitet, um Begegnungen unter den Kulturen zu schaffen und das gegenseitige Kennenlernen zu fördern.
- Der Umgang mit der Verwaltung wird erleichtert.
- Es werden Ideen und Projekte ausgearbeitet zur vermehrten Begegnung und zum Verständnis der unterschiedlichen Kulturen, die in unserer Stadt vertreten sind.

9 Sozialpolitik

Für die EVP misst sich die Leistung einer Gesellschaft immer auch daran, wie sie mit Schwachen und Benachteiligten umgeht. Aus Sicht der EVP müssen die Eigenverantwortung gefördert, Eigenleistungen belohnt und Rahmenbedingungen für eine würdige Existenz von in Not geratenen Menschen geschaffen werden.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Die Ziele im Sozialbereich werden überprüft, damit die Eigenverantwortung vermehrt zum Tragen kommt. Städtische Leistungen werden – soweit für die Begünstigten möglich und tragbar – an Gegenleistungen geknüpft. Die Ursachen für den massiven Anstieg der Ergänzungsleistungen werden geklärt und die Steuerung verbessert.
- Es wird ein Case Management eingeführt, das die vorhandenen Fähigkeiten von Sozialhilfe- und IV-Rentenbezügern systematisch auflistet und in Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft und Gewerbe passende Einsatzmöglichkeiten und Reintegration für diese sucht, sie begleitet und wenn nötig korrigiert.
- Die Arbeitsintegration von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfebezügerinnen und –bezügern wird in Zusammenarbeit mit privaten Trägern gefördert. Durch Aus- und Weiterbildung wird ihnen geholfen, ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Personen im zweiten Arbeitsmarkt wechseln möglichst rasch in den ersten Arbeitsmarkt, damit sie von der Sozialhilfe unabhängig werden.
- Sozialhilfebeziehenden, die ihre Arbeitsfähigkeit nicht ausschöpfen, wird die Sozialhilfe angemessen gekürzt.
- Es wird die Möglichkeit von Ergänzungszahlungen an Betriebe geprüft, die IV oder Sozialhilfe beziehenden Menschen eine Beschäftigung ermöglichen.
- Die Stadt unterhält nur dort eigene soziale Einrichtungen, wo nicht private Institutionen die Aufgaben besser und kostengünstiger erfüllen. Das städtische Angebot wird unter diesem Aspekt überprüft.
- Die Sozialhilfe wird so bemessen, dass sich Arbeit lohnt. Beschäftigung im 2. Arbeitsmarkt darf für Arbeitsmarktfähige nicht Dauerzustand sein, sondern dient der Integration in den 1. Arbeitsmarkt.
- In der Sozialhilfe soll gemeinschaftliches Zusammenleben nicht mehr zu finanzieller Benachteiligung führen. Die jetzige Regelungen begünstigt Einzelhaushalte, was zu Vereinsamung führt und der Stadt höhere Ausgaben beschert.
- Mit freiwilligen Vereinbarungen zwischen Steuerpflichtigen, Arbeitgebern und Steueramt wird die Möglichkeit geschaffen, die Steuern durch einen direkten Lohnabzug zu bezahlen.

10 Gesundheit

Im Gesundheitswesen gilt es, die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung für alle mit tragbaren Kosten zu gewährleisten. Um die Kosten im Griff zu behalten, muss dringend das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung sensibilisiert und verbessert werden. Die Ehrfurcht vor dem Leben muss als Grundwert unserer Gesellschaft respektiert werden.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- In den städtischen Gesundheitsbetrieben wird vermehrt Forschung betrieben, wie die Gesundheitsversorgung auf einem hohen Niveau, aber mit tieferen Kosten gewährleistet werden kann. Das Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Gesundheitsbetrieben soll so gestaltet werden, dass Gewinne nicht privatisiert und Kosten externalisiert werden.
- Die Präventionsarbeit gegen Alkohol- und Drogenkonsum sowie Rauchen und Kiffen etc. wird ausgebaut. Der Zugang zu Drogen wird für Kinder und Jugendliche verhindert bzw. erschwert.
- Im Bereich der stationären Suchttherapie arbeitet die Stadt vermehrt mit bewährten abstinenzorientierten privaten Therapieeinrichtungen zusammen.
- Die Palliative Care sowie Kranken- und Pflegeeinrichtungen mit Hospizcharakter werden ausgebaut. Ein Konzept für Suizidprävention wird ausgearbeitet.
- Der Schutz und die Achtung des menschlichen Lebens werden vom Anfang bis zum Ende des Lebens gewährleistet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im städtischen Dienst, die Sterbehilfe oder Abtreibungen mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, werden in ihrem Gewissensentscheid respektiert und geschützt.
- Die Stadt ergreift alle in ihrer Kompetenz liegenden Massnahmen gegen den Sterbetourismus und setzt sich bei Kanton und Bund für die nötigen gesetzlichen Massnahmen ein
- Die Luft- und Lärmbelastung an den besonders belasteten Standorten wird reduziert.
- Bewegung im Alltag wird aktiv gefördert, etwa durch Aktionsprogramme und bauliche Massnahmen.
- Der Breitensport wird gefördert. Soweit er dem Breitensport dient, wird auch der Spitzensport unterstützt (vgl. vorn, Abschnitt Familie, Jugend).
- Die Stadt fördert das Blutspenden in Zusammenarbeit mit dem SRK mittels mehr Werbung, insbesondere auch bei anderen Ethnien.

11 Finanzen und Wirtschaft

Wichtigster Standortfaktor für die Wirtschaft sind überzeugende öffentliche Leistungen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Verkehr, Umweltschutz, Zuverlässigkeit des Rechtssystems, Effizienz und Kundenfreundlichkeit des Service public. Voraussetzung ist ein ausgeglichener Haushalt, damit genügend Mittel für die notwendigen Investitionen vorhanden sind. Steuern sind nur zu senken, wenn die öffentlichen Leistungen dadurch nicht in Frage gestellt werden. Die Verwaltung ist laufend auf Verbesserung des Kosten-Leistungsverhältnisses hin zu überprüfen.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Die städtische Finanzpolitik wird konstant gehalten, so dass konjunkturelle Schwankungen ausgeglichen werden und der Haushalt mittelfristig ausgeglichen ist.
- In allen Bereichen der Stadtverwaltung wird laufend die Effizienz, die Wirksamkeit und Kundenfreundlichkeit der Leistungserbringung verbessert. Für alle Dienste werden Feedbacks der Beteiligten fest eingeführt und die Kundenzufriedenheit ausgewertet. Aufgaben, die Private besser oder kostengünstiger erbringen können, werden diesen überlassen.
- Die städtischen Aufgaben werden laufend auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft.
- Die Stadt Zürich stellt sich dem Steuerwettbewerb, legt aber Wert auf Fairness gegenüber anderen Standorten und auf Nachhaltigkeit der eingesetzten Mittel. Firmen mit zweifelhaften Geschäftspraktiken sind nicht erwünscht.
- Die Investitionen werden auf einem Niveau gehalten, das die langfristige Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur erlaubt.
- Im Rahmen der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings wird Zürich gezielt als Stadt der Wissenschaften, der Clean-Technologie und der Informationstechnologie gefördert. Die Abhängigkeit der Stadt vom Finanzsektor wird durch das Ansiedeln neuer, zukunftsgerichteter Branchen vermindert.
- Bei Vergaben der öffentlichen Hand werden lokale und regionale Angebote soweit nach übergeordnetem Recht zulässig, vorgezogen.
- Der städtische Beitrag an die Entwicklungshilfe wird erhöht.

12 Kultur und Soziokultur

Die EVP setzt sich für Kultur ein, welche kreativ, innovativ und lebensbejahend ist. Kultur ermöglicht die Verarbeitung menschlichen Erlebens und trägt zu Lebensfreude, Lebensqualität und zum geistigen Reichtum der Stadt und ihrer ganzen Einwohnerschaft bei.

Die EVP setzt sich für diese Anliegen ein:

- Sonntagsruhe und Nachtruhe werden als zentrale Kulturgüter und Grundlagen einer gesunden Gesellschaft geschützt.
- Kultur- und Soziokultur leisten vermehrt einen Beitrag zur Bildung und zur Werteorientierung im Sinne von Toleranz, gegenseitigem Respekt, Gleichheit und Würde aller Menschen als Geschöpfe Gottes.
- Kultur entfaltet sich in einem breiten Spektrum von Möglichkeiten. Dabei werden vor allem auch das dezentrale Angebot in Gemeinschaftszentren, Kirchgemeinden und andern quartierorientierten Institutionen gefördert („kultureller Breitensport“).
- Die städtischen Kulturausgaben werden teuerungsbereinigt konstant gehalten.

  Die EVP anerkennt den wichtigen kulturellen Beitrag der Vereine. Durch gezielte Unterstützung wird dieser ehrenamtlich organisierte Kulturzweig gestärkt.